

Heimatrecht ist ein Menschenrecht

»Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demographische Zusammensetzung einer Region , in der eine nationale, ethnische sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung, und/oder eine Kombination davon, ist rechtswidrig.«

Art. 6 der Entschließung der UN-Menschenrechtskommission vom 17. April 1998

***Migrationspakt, Flüchtlingspakt
und Neuansiedlungsprogramm
bewirken das Gegenteil!***

Das offene Wort

Hokuspokus fidibus: 18 neue Städte voll!

Als großen Erfolg feiert Herr Minister *Seehofer* den großartigen Rückgang der Asylanträge im vergangenen Jahr:

Im Jahr 2018 seien »nur« noch 185.853 Asylanträge gestellt worden. Ein toller Erfolg, denn im Jahr 2017 wären es noch 222.683 Anträge gewesen.

Selbst wenn man die wenigen Abschiebungen und freiwilligen Rückkehrer abzieht, dafür aber die Illegalen, die Untertauchenden hinzuzählt, die gar keinen Antrag stellen, heißt das: In einem Jahr 18 neue Städte voll mit kultur-fremden Menschen mit anderen Sitten, Gebräuchen, Rechtsvorstellungen und Religionen, die unser Land, unsere Heimat bevölkern.

18 Städte mit je etwa 10.000 Einwohnern wie z.B. Rüdeshheim, Monschau, Rothenburg ob der Tauber, Ladenburg, Füssen, Torgau, Alsfeld, Mittenwald, Jever, Tangermünde ...!

18 Städte einfach voll mit fremden »Mitbürgern«, die »neu hinzugekommen sind« (Wortwahl *Merkel*). Und was machen wir mit den anderen, die laut *Merkel* »schon länger hier leben«? Umsiedeln oder jährlich 18 neue Städte für die »Neuhinzugekommenen« bauen? »Nur« 185.853 Antragsteller in einem Jahr, die zum großen Teil hier bleiben wollen oder »integriert« werden sollen, egal ob anerkannt oder abgelehnt, ob »Flüchtling« oder »Migrant« – ein großer Erfolg der Politik?

Man kann nur noch den Kopf schütteln!

Ihre Sabine Möller

Wenn Recht zu Unrecht wird

Entschließung der UN-Menschenrechtskommission vom 17.4.1998

Artikel 3:

»Rechtswidrige Bevölkerungstranfers umfassen eine Praxis oder Politik, die den Zweck oder das Ergebnis haben, Menschen in ein Gebiet oder aus einem Gebiet zu verbringen, sei es innerhalb internationaler Grenzen oder über Grenzen hinweg oder innerhalb eines, in ein oder aus einem besetzten Gebiet ohne die freie und informierte Zustimmung sowohl der umgesiedelten als auch jeglicher aufnehmenden Bevölkerung.«

IV. Genfer Abkommen vom 12.8.1949

Art. 49, Abs. 2, Satz 3:

»Unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten in dem in Frage stehenden Gebiet soll die so evakuierte Bevölkerung in ihre Heimstätten zurückgeführt werden.«

Verfassung des Landes Baden-Württemberg

Artikel 2, Abs. 2:

»Das Volk von Baden-Württemberg bekennt sich darüber hinaus zu dem unveräußerlichen Menschenrecht auf die Heimat.«

Verfassung des Freistaates Sachsen

Art. 5, Abs. 1, Satz 2:

»Das Land erkennt das Recht auf die Heimat an.«

So einfach ist das!

Jeder, der in der Grund- oder Hauptschule lesen gelernt hat, kann es in Meyers Großem Lexikon nachlesen (hier: Auflage 1987):



Den hier abgebildeten Aufkleber (ca. 10 cm) sollten Sie überall anbringen, wo es nicht verboten ist! Fordern Sie welche an!

»Heimat, subjektiv von einzelnen Menschen oder kollektiv von Gruppen, Stämmen, Völkern, Nationen erlebte territoriale Einheit, zu der ein Gefühl besonders enger Verbundenheit besteht. Zum Recht auf Heimat siehe auch Menschenrechte, Selbstbestimmungsrecht, Staatsangehörigkeit.«

Eine Heimat zu haben, gehört zur Identität des Menschen. Noch im Jahr 1987 urteilte das Bundesverfassungsgericht, der Staat habe die »verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten«.

Wer heute von deutscher »Identität« spricht, wird als verfassungsfeindlich verunglimpft.

ZUM NACHDENKEN:

»Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!«

Immanuel Kant (1784)

Drei Pläne – ein Ziel:

Zerstörung der gewachsenen Ordnung

»Eines Tages werden Millionen von Menschen die südliche Halbkugel verlassen, um in die nördliche einzudringen. Sicherlich nicht als Freunde. Denn sie werden kommen, um sie zu erobern. Und sie werden sie erobern, indem sie die nördliche Halbkugel mit ihren Kindern bevölkern. Der Leib unserer Frauen wird uns den Sieg bescheren.«

An diese bedrohliche Vorausschau des damaligen algerischen Staatschefs *Houari Boumedienne* vor der UNO-Generalversammlung im Jahr 1974 (zitiert aus dem Buch »Die Kraft der Vernunft« der italienischen Autorin *Oriana Fallaci* im SPIEGEL Nr. 17/2004) muß man unwillkürlich denken, wenn man sich die Pakte, Pläne bzw. Beschlüsse der UNO und der EU vor Augen hält. Ist das, was Algeriens Präsident vor 45 Jahren voraussah, inzwischen offizielles Ziel der sogenannten »Weltgemeinschaft«?

Migrationspakt, Flüchtlingspakt und »Resettlement«-Programm

Im vergangenen Jahr versuchten Politik und Medien alles, die Vorbereitungen und die Zustimmung zum »Global Compact for Migration (GCM)« unter der Decke zu halten und vor der Öffentlichkeit zu verstecken, bis sie gezwungen wurden, vor dem Bundestag Farbe zu bekennen (vgl. UN 12/2018).

Die Verpflichtungen aus diesem Pakt werden uns im Wahljahr 2019 begleiten: Unsere Regierung hat sich verpflichtet, in Wahlkämpfen die positiven Seiten der Migration hervorzuheben (Punkt 17 des Paktes). Wieso die Regierung (also der Staat) den Parteien den Inhalt ihrer Wahl-

programme vorschreiben kann, ist für einen mündigen Demokraten schleierhaft.

Um den Bürgern den Durchblick zu erschweren, bedient man sich auch der Begriffsverwirrung: In den Medien ist meist von »Flüchtlingen« die Rede, um die es bei dem Pakt gehe, deren Menschenwürde gewahrt und die vollberechtigt »integriert« werden müßten. Wer sich also über den »Flüchtlingspakt« informieren möchte, stößt fast immer irrtümlicherweise auf Beiträge zum »Migrationspakt«.

Die Lüge beginnt bei der Wortwahl

Ganz im Schatten dieses Migrationspaktes wurde von der UNO-Vollversammlung nämlich der »Global Compact on Refugees (GCR)« beschlossen, von der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik völlig unbemerkt. »Refugees« sind die Flüchtlinge, von denen immer die Rede ist, nicht aber die genannten »Migranten«.

Filippo Grandi, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, hob die Bedeutung des in diesem Pakt vorgesehenen »Resettlement«, also der geplanten Umsiedlung der Flüchtlinge als eine wichtige Lösung hervor, sowohl für die betroffenen Personen als auch als konkreter Ausdruck der Lasten- und Verantwortungsteilung: *»Ich begrüße die Bemühungen der Länder, die daran arbeiten, ihre Umsiedlungsprogramme auszuweiten.«*

Die Flüchtlinge sollen also nicht heimkehren, wenn die Fluchtgründe entfallen sind, sondern

Wahrheit · Klarheit · Offenheit Postfach 10 17 06 · 46017 Oberhausen · UN 11/2018

UN »UMVOLKUNG!«
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN
www.un-nachrichten.de
1618 - 68. Jahrgang · November 2018

Der Tabubruch der Bettina K.

»Die Umvolkung hat längst begonnen – Handlungsbedarf besteht!«

Mit diesen Worten hat die Leipziger CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla ein Tabu gebrochen und für Empörung in ihrer Partei und in den Medien gesorgt. Nun ist ihre Zukunft ungewiß. Dürfen Volksvertreter nicht mehr die Wahrheit sagen?

Was die direkt gewählte CDU-Bundestagsabgeordnete *Bettina Kudla* im Jahr 2016 noch offen feststellen konnte, ist heute ein Tabu: Wer von »Umvolkung« oder »Volksaustausch« spricht, landet im Verfassungsschutzbericht. Per Gutachten wurde auch der AfD angeraten, solche Begriffe nicht mehr zu verwenden, um der Beobachtung zu entgehen. Selbstredend wurde die Tabubrecherin von der CDU für die Bundestagswahl 2017 auch nicht mehr aufgestellt.

dauerhaft umgesiedelt werden. Die Bundesregierung beteiligt sich an diesem »Resettlement«-Programm.

Noch irrwitziger kommt die EU daher!

Schon im Jahr 2010 veröffentlichte die »European Commission, Directorate-General Home Affairs« in einen »Final report« eine Studie, in der die Bevölkerungsdichte und die Aufnahmekapazität der 27 EU-Staaten begutachtet wurde. Danach habe allein »Germany« eine Gesamtkapazität von 274,5 Millionen, bei derzeit 82,3 Millionen – also Platz für weitere ca. 190 Millionen Ansiedler.

Noch Fragen, liebe Leser? Dann fragen Sie Ihre gewählten Abgeordneten, Ihre Volksvertreter!

Die Lügengeschütze der Demokratie

Die moralische Verkommenheit der »Medienschaffenden«

Rudolf Augstein nannte »seinen« 1947 gegründeten *SPIEGEL* einstmals »Sturmgeschütz der Demokratie« – nun, das war *DER SPIEGEL* sicher nie! Er war eine von der britischen Besatzungsmacht 1947 lizenzierte Wochenzeitschrift und wurde nur zu einem einzigen Zweck gegründet: wichtige Stütze der Umerziehung zu sein! Dies ist er bis heute geblieben. Der *SPIEGEL*-Leitspruch »Sagen was ist« war schon immer eine Farce!

Durch die Aufdeckung der Lügengeschichten ihres Reporters *Claas Relotius* ist nun auch eine breite Öffentlichkeit auf den Etikettenschwindel aufmerksam geworden.

»Fake News« im *SPIEGEL*

Die Täter stellen sich als Opfer dar: »Alle Quellen sind trüb. Vieles ist wohl erdacht, erfunden, gelogen. Zitate, Orte, Szenen, vermeintliche Menschen aus Fleisch und Blut. Fake.«

So schreibt *DER SPIEGEL* in großer »Demut« über die Aufdeckung der Lügengeschichten ihres Reporters *Claas Relotius*. Dabei hat dieser nur das abgeliefert, was von ihm erwartet wurde.

Dankbar vermarktete die Redaktionsleitung die rührseligen Geschichten von »Geflüchteten«, die gefundenes Geld zurückgaben, Kindern aus Syrien, die zur Zwangsarbeit in der Türkei gezwungen wurden oder amerikanischen Rassisten an der Grenze zu Mexiko.

Nun ist der hochgelobte und mit Preisen überschüttete *SPIEGEL*-Journalist *Claas Relotius* im eigenen Haus mit seinen Lügengeschichten aufgefliegen, die ihm vier Deutsche Reporterpreise, den Schweizer Medienpreis, den Österreichischen Zeitschriften-



Verleihung des Reemtsma Liberty Award 2017 am 22.03.2017 in Berlin (v. li. n. re.): *Michael Kaib* (Vorstandssprecher Reemtsma), *Gero von Boehm* (Jurymitglied des Reemtsma Liberty Award), *Ronan Farrow* (Keynote Speaker), *Claas Relotius* (Preisträger des Reemtsma Liberty Award 2017), *Günther Jauch* (Moderator des Reemtsma Liberty Award), *Clueso* (Musiker). Foto: obs/Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH

preis, den Coburger Medienpreis, den Reemtsma Liberty Award, den European Press Prize, den CNN-Journalisten-Preis, den Peter-Scholl-Latour-Preis, den Konrad-Duden-Journalistenpreis, den Kindernothilfe-Medienpreis und den Katholischen Medienpreis einbrachten.

Kirchen, Flüchtlingsorganisationen und Journalistenverbände waren dankbar für die tollen Geschichten, die zwar erfunden waren, aber sie alle in ihrer Haltung und Gesinnung bestärkten.

In den jeweiligen Vergabegremien saß der »Hochadel« der »Medienschaffenden«, die die Lügenwerke von *Claas Relotius* zigfach prämierten. Hier eine kleine Auswahl:

Gerhard Fürst (Bischof, Diözese Rottenburg-Stuttgart),
Tina Hassel (ARD),
Brigitte Huber (Chefredakteurin, Brigitte),
Claus Kleber (ZDF),
Friedrich Küppersbusch (TV-Produzent),
Markus Lanz (Moderator),
Caren Miosga (ARD),
Ines Pohl (Chefredakteurin, *Deutsche Welle*),

Evelyn Roll (Journalistin, Autorin);
Theo Sommer (vormals Chefredakteur *Die Zeit*),
Jörg Thadeusz (WDR),
Ulrich Wickert (Stifter).

Weinerlich und tief zerknirscht rutschte die *SPIEGEL*-Redaktion auf den Knien durch ihren eigenen Entschuldigungstext. Wenn man erwischt wird, ist das Jammern eben groß. Entlarvend ist der folgende Auszug:

»Als Redakteur, als Ressortleiter, der solche Texte frisch bekommt, spürt man zuerst nicht Zweifel nach, sondern freut sich über die gute Ware. Es geht um eine Beurteilung nach handwerklichen Kriterien, um Dramaturgie, um stimmige Sprachbilder, es geht nicht um die Frage: Stimmt das alles überhaupt?«

Es ist schon erstaunlich, wieso man sich erst nach Aufdeckung des Skandals fragt, ob die Geschichten stimmen. *DER SPIEGEL* leistet sich eine eigene Dokumentationsabteilung mit etwa 70 »Fachleuten«, die nichts anderes tun, als die Arbeit der Redakteure auf Stimmigkeit zu überprüfen.

Aber wer wird sich denn um solche Details, wie Wahrhaftigkeit, Fakten oder Quellen scheren, wenn die Haltung und Gesinnung in den Artikeln der Grundhaltung dieser Zeitung entsprechen? Wichtig ist nur die Geschichte, oder wie man heute sagt, das »Narrativ«. DER SPIEGEL hat schließlich von den Briten nach dem Krieg nicht die Lizenz für Wahrheiten erhalten. Nun ist mal einer aus dem eigenen Stall enttarnt worden, was soll's? Morgen wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben und die anderen »Enthüllungsjournalisten« treiben weiter ihr Unwesen.

Relotius log für eine gute Sache

Der SPIEGEL-Münchhausen läßt in einer Presseerklärung durch seine Anwaltskanzlei feststellen, daß es ihm leid tue, durch seine nun bekannt gewordenen Lügengeschichten den Falschen in die Hände gespielt zu haben.

Wenn sich sein Bedauern darauf beschränkt, ahnt man, mit welchem Berufsethos »unsere« Journalisten zu Werke gehen. So wird in wenigen Wochen aus dem »Fall Relotius« eine von »Rechten« inszenierte Hetzkampagne gestrickt werden – den Anfang macht die Presseerklärung der Anwaltskanzlei:

»Insbesondere hat unser Mandant zu keinem Zeitpunkt denjenigen in die Hände spielen wollen, die seine Reportagen nun mit zweifelhafter politischer Intention als Beweis für die Existenz einer angeblichen „Lügenpresse“ in Deutschland anführen.«

»Angewählte Lügenpresse«? Was sonst als Lügenpresse sind erfundene und erlogene Geschichten?

»Etliche seiner Preise bekam er wohl weniger für Fakten als für seine Gesinnung.«

*Helmut Markwort,
Focus Online, 20.12.2018*

Alles nur Satire?

Wir sind es ja schon gewohnt, daß bei einer Lüge ertrappte Politiker und Journalisten dies im Nachhinein als Satire hinstellen. Jetzt gibt es eine verfeinerte Methode dieser »Fake News«:

Der SPIEGEL-Journalist und »schriftstellernde Begleiter« von »100-Prozent-Martin-Schulz« im Bundestagswahlkampf, *Markus Feldenkirchen*, hat eine neue Spielart der Falschinformation entwickelt.

Um der AfD zu beweisen, welche Folgen »Fakes« haben können, setzte er genau so eine Lügengeschichte im SPIEGEL Nr. 42/2018 in die Welt:

»Ein prominentes Mitglied der [AfD-] Fraktion ließ sich im selben Zeitraum zweimal pro Woche von der Fahrbereitschaft des Bundestags in ein Bordell chauffieren und reichte die Rechnungen mit den Einzelposten „Rosi“ und „Rosé“ später sogar als Bewirtungsbeleg bei der Bundestagsverwaltung ein.«

Weiter unten folgt die Auflösung: *»Und nun zur Wahrheit: Keine dieser Informationen stimmt. Hoffe ich zumindest. Ich habe sie mir ausgedacht«, so Feldenkirchen.*

Diese Information, daß es sich um eine ausgedachte Geschichte handelt, erfuhr allerdings im Internet nur der Leser, der bereit war, über die Bezahlschranke zu springen.

Dies waren wohl nicht allzu viele, da die vorher frei verfügbare Lügengeschichte sich sehr schnell in den sozialen Medien verbreitete. Der SPIEGEL hat auf Druck der AfD eine Unterlassungserklärung abgegeben, da man *»kein Interesse an einer möglichen, aber sinnlosen gerichtlichen Auseinandersetzung habe«* – wie großzügig.

Man kann nur hoffen, daß es amerikanischen Anwälten gelingt, dieses »Lügengeschütz der Demokratie« für seine anti-amerikanischen »Reportagen« finanziell in die Knie zu zwingen.

Noch mehr Satire?

Die öffentlich-rechtliche ZDF-Reporterin *Nicole Diekmann* »twitterte« am Neujahrstag *»Nazis raus«*. Auf die Frage, wen sie für Nazis halte, antwortete sie: *»Jede/r, der/ die nicht die Grünen wählt.«* Auf den darauf folgenden »Shitstorm« reagierte sie wie bei den »Medienschaffenden« üblich: War alles Satire und ironisch gemeint.

Hallstein in Auschwitz

Der hoch gelobte und hoch dekorierte österreichische Schriftsteller *Robert Menasse* fantasierte die Antrittsrede von *Walter Hallstein*, dem ersten Präsidenten der EU-Kommission (1958), auf dem Gelände des Konzentrationslagers Auschwitz. Auch als wortwörtliche Zitate von *Hallstein* gekennzeichnete Aussagen in seinen Romanen und Essays sind erlogen oder verfälscht.

Menasse rechtfertigt sich: Erstens seien die Zitate dem Sinn nach korrekt. *»Was fehlt, ist das Geringste: das Wortwörtliche.«* Und zweitens sei sein freihändiger Umgang mit Quellen tatsächlich *»nicht zulässig – außer man ist Dichter und eben nicht Wissenschaftler oder Journalist.«* Beim Leser vermittelte er aber ganz bewußt den Eindruck, daß sowohl Orte als auch Zitate historisch belegt seien – jedenfalls nicht erkennbar als künstlerische Freiheiten.

Wenn sie beim Lügen erwischt werden, zucken die »Bessermenschen« nonchalant mit den Schultern und gehen zur Tagesordnung über – so auch *Menasse*. Dafür erhielt er nun aus der Hand der rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin *Malu Dreyer* die Carl-Zuckmayer-Medaille überreicht. *Dreyer* wörtlich: *»Sein engagiertes Streiten für die europäische Idee trifft europaweit auf große Resonanz und hat die politische Debatte um die Zukunft der Europäischen Union sehr bereichert.«*

Merke: Für die »gute Sache« ist man in diesem Staat unangreifbar.

Erlebnis eines grünen Bürgermeisters



Der grüne Oberbürgermeister der schönen, idyllischen Universitätsstadt Tübingen, *Boris Palmer*, ist in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit angekommen. Auf *Facebook* beschreibt er über seine Erlebnisse am Tübinger Bahnhof:

»Planmäßig wäre ich nach einem kurzen Schneurlaub gestern um 19 Uhr daheim gewesen. Tatsächlich kam der Zug um 23.54 Uhr in Tübingen an. Meinen kleinen Sohn auf dem Arm mußte ich mir erstmal einen Weg durch eine Gruppe junger Männer bahnen. Am Taxi angekommen ging es schon los mit körperlicher Gewalt und lautem Geschrei. Die Vernünftigen schafften es zumindest für den Moment gerade noch, die Schläger zurück zu halten. Deutsch sprach niemand. Einschließlich der Männer in der Bahnhofshalle waren es 18 junge Männer, davon sechs Schwarzafrikaner und augenscheinlich alle Migranten. In die Polizeistatistik schafft es so ein alltäglicher Fall gar nicht.«

Nur zur Erinnerung, *Palmer* berichtet über den Bahnhof von Tübingen und nicht von einen Großstadtbahnhof in den bunten Metropolen.

»Ich habe diese Entwicklung als regelmäßiger Bahnfahrer früh beobachtet und beschrieben. Ich werde dafür bis heute als Rassist gebrandmarkt. Ich hatte mir für das neue Jahr vorgenommen, über Asylthemen nur noch zu schreiben, wenn es für Tübingen wichtig ist. Es gibt wirklich noch andere Themen. Aber das hier ist wichtig. Und das ist in Tübingen passiert. Ich fühle mich bedroht und verunsichert, wenn ich durch eine solche Gruppe hindurch muß. Vor dem Jahr 2015 sind mir solche Szenen im Bahnhof Tübingen nicht vorgekommen. Ich bin mir sicher, daß auch andere Reisende das als sehr unangenehm empfinden. Ich könnte mir ein Auto kaufen, einen städtischen Fahrer einstellen und mich von diesem Teil der Wirklichkeit abkoppeln. Da würden mir auch nachts keine Leute auf der Straße mehr begegnen, mit denen ich mich über Respekt und Ruhe auseinandersetzen müßte. Will ich aber nicht.«

»Was kann, was muß man tun? Immer mehr Städte gehen zur Videoüberwachung über. Unter anderem das scheinbar so liberale Berlin. Ich fürchte, der Trend ist angesichts solcher Entwick-

lungen im öffentlichen Raum nicht zu verhindern.«

Schon interessant, wie die ach so liberalen Grünen alle Überwachungsängste überwinden, wenn es um die eigene Haut geht. Und nachfolgend plaudert der Herr Oberbürgermeister ein wenig aus dem Nähkästchen:

»Soweit es Asylbewerber sind, liegt es in Tübingen gewiß nicht an mangelnden Integrationsanstrengungen der Stadtgesellschaft. Wir haben 60 Millionen Euro für neue Häuser für Flüchtlinge investiert. Wir haben eine eigene Abteilung für Hilfen für Geflüchtete aufgebaut und mittlerweile 20 Personen dort eingestellt. Wir bieten ein Ausbildungsstipendium für Flüchtlinge an.«

Interessante Zahlen, die den Tübinger Steuerzahler sicher interessieren.

Der grüne Oberbürgermeister *Palmer* erlebt jetzt am eigenen Leib, wohin seine marxistischen Parteigenossen unser Land gebracht haben. Wer reißt das Ruder endlich herum – für ein Deutschland, in dem wir wirklich *»gut und gerne leben«* können?

Boris Erasmus Palmer wurde am 28.5.1972 in Waiblingen geboren. Seit 1996 ist *Palmer* Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. Am 22.10.2006 wurde er zum Oberbürgermeister von Tübingen gewählt. Er gehört zum »realpolitischen Flügel« der Grünen und wird immer wieder von linksradikalen Kräften innerhalb seiner Partei wegen angeblicher Rassismus-Aussagen attackiert. Heute nennt man *Palmer* den »grünen Sarrazin« – beide gleich ungeliebt in ihren Parteien.

Wasser predigen und Wein schlürfen

Es ist nichts Neues und trotz allem immer wieder erstaunlich, mit welcher Unverfrorenheit sich grüne Politiker als ökologische Wächter aufspielen und dabei selbst zu den größten »Klimasündern« gehören.

Kurzurlaub in den Anden

Fröhlich in die Kamera lächelnd twitterte *Özdemir*: »Habe auf 4380 Metern Höhe über Neujahr mit Tochter & auf dem Pferderücken von [Argentinien] nach [Chile] auf den Spuren von San Martin die Anden überquert & Energie für das neue Jahr getankt.«



twitter.com/cem_ozdemir/ (Bildschirmausdruck)

Herr *Özdemir* verbrachte die Weihnachtstage den Jahreswechsel mit Frau und Kindern im fernen Südamerika, ritt mehr oder weniger klimaneutral mit Pferd und Tochter durch die Anden und legte dafür – Hin- und Rückflug – mal eben 21.000 Flugkilometer zurück. Glaubt man dem CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes, fallen für 25 Stunden Flugzeit rund sechs Tonnen Kohlendioxid (CO₂) pro Person an.

Im Vergleich: Ein Mittelklasse-Dieselfahrzeug mit einem Verbrauch von 6 Liter/100 km erzeugt für die gleiche Strecke

rund 4,7 Tonnen CO₂. Wäre Familie *Özdemir* mit einem PKW in die Anden gefahren – zugegebenermaßen problematisch von Deutschland aus – hätten sie (bei vier Personen) die Umwelt »nur« mit 1,2 Tonnen CO₂ pro Person belastet statt mit sechs Tonnen. Aber für einen gestandenen Weltenbürger muß es ja Südamerika sein, um dort die Feiertage zu verbringen.

Hauptsache, man verbietet der arbeitenden Bevölkerung das Autofahren oder kritisiert den Ferienflug nach Mallorca.

Eis essen in Kalifornien

Aber nicht nur einen Obergrünen zieht es in ferne Gefilde, auch die aufstrebende, nervensägende Junghoffnung *Katharina Schulze*, Grünen-Chefin und Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, flog mal eben nach Kalifornien (leider auch wieder zurück) zum Eis essen und prahlt damit auch noch auf *Twitter* (Hin- und Rückflug: 19.000 km).

Das ist übrigens dieselbe Frau *Schulze*, die auf ihrer Internetseite verkündet: »Da die Anderen die Hände in den Schoß legen, müssen wir die Welt retten.«

Ob ihr das mit kalifornischen Einweg-Eisbechern und -Löffeln aus Plastik gelingt, bleibt fraglich.



twitter.com/hashtag/sonnestattboller (Bildschirmausdruck)

Pikant ist die Flugbegeisterung von Frau *Schulze* aber auch deshalb, da sie eine vehemente Gegnerin einer dritten Startbahn am Münchner Flughafen ist.

Die Befürworter einer dritten Startbahn, die »Bürgerinitiative München pro 3. Startbahn«, haben die fliegerischen Aktivitä-

ten von Frau *Schulze* und ihren grünen Genossen aufgelistet, da diese auf diversen »sozialen Medien« mit ihren Flugreisen prahlen:

Schulzens Flugprogramm umfaßt die ganze Welt: Athen, Barcelona, Brüssel, Dänemark, Helsinki, Indien, Kuba, Lissabon, Madrid, Moskau, Washington, Mongolei – viele, sehr viele schöne Weltreisen für eine bayerische Grüne, die eigentlich die Heimat schützen will.

P.S.: *Katharina Schulze* ist durch das Verhüllen des Gedenksteins für die Trümmerfrauen in München Ende 2013 bundesweit zu trauriger Berühmtheit gelangt (vgl. *UN* 1/2014). Charakterlosigkeit verwächst sich eben nicht!

Mit dem Hubschrauber zum Wandern

Auch der ach so bürgernahe Ministerpräsident von Baden-Württemberg, *Winfried Kretschmann*, ist ein »Vorbild« in Sachen Klimaschutz.

Kretschmann war im Juni 2018 mit einem Hubschrauber 167 Kilometer von Rheinfelden (Kreis Lörrach) nach Bad Wurzach geflogen, um dort an einer Wanderung durch das Moorgebiet teilzunehmen.

»Der Ministerpräsident nutzt Hubschrauberflüge nur in äußerst wenigen Fällen«, so die Reaktion aus der Stuttgarter Staatskanzlei auf die massiven Kritiken. »Aufgrund des engen Terminkalenders des Ministerpräsidenten und der verkehrlichen Situation wäre der Termin in Bad Wurzach an diesem Tag bei Nutzung anderer Verkehrsmittel nicht möglich gewesen.«

Es wird höchste Zeit, daß diese »Bessermenschen« mit ihrer Doppelmoral bei den nächsten Wahlen die verdiente Quittung erhalten!

Schuld sind nur die Diesel-Fahrzeuge

Die »Diesellüge« wird einer der Sargnägel der deutschen Industrie werden. Mit ethischer und moralischer Rechtfertigung werden politisch weitreichende Beschlüsse zur Zerstörung der Industrielandschaft Deutschlands gefaßt.

Mit einer Verbissenheit, die durch nichts mehr zu rechtfertigen ist, versucht die Deutsche Umwelthilfe (DUH) eine Stadt nach der anderen »dieselfrei« zu klagen. In Stuttgart ist das nun flächendeckend ab dem 1.1.2019 für Abgasnorm 4 und älter erreicht. Trotz kompetenter Stimmen, die den Irrsinn der Messungen anprangern, geht der links-grüne Feldzug gegen die deutsche Industrie weiter.

Während in den USA 103 Mikrogramm Stickstoffoxid pro Kubikmeter Luft erlaubt sind, liegt der Grenzwert bei uns bei 40 Mikrogramm.

Die Deutsche Umwelthilfe behauptet – wissenschaftlich durch nichts gestützt – weiterhin, daß fast 13.000 vorzeitige Todesfälle jährlich auf das Konto des Diesels gingen.

Der ärztliche Direktor des Stuttgarter »Krankenhaus vom Roten Kreuz«, Prof. Dr. Martin Hetzel, widerspricht dem vehement: »Es gibt keine Feinstaub-Erkrankung der Lunge oder des Herzens und auch keine NO₂-Erkrankung dieser Organe. Es gibt auch keinen einzigen Todesfall, der kausal auf Feinstaub oder NO₂ zurückzuführen wäre!«

Und weiter: Die Aktionen der DUH hält er für »ideologiegeliterten Populismus« und meint: »Man kann den Verkehr aus der Stadt verbannen – aber die Methode sollte nicht sein, daß man Grenzwerte festlegt, die keine wissenschaftlichen Grundlagen



Foto: Hinnek11 / Wikimedia commons / CC BY-SA 4.0

haben. [...] Wir unterliegen einem Irrtum und Irrtümer lassen sich in der Geschichte nicht dauerhaft durchhalten.«

Auch der hochangesehene ehemalige Präsident der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie, Prof. Dr. Dieter Köhler, sagt: »Der jetzige Grenzwert für NO₂ und auch Feinstaub ist völlig ungefährlich und produziert keinen einzigen Toten!«

Über die Platzierung der Meßstationen sagt Prof. Matthias Klingner vom Fraunhofer Institut am Beispiel der berühmten Meßstation am Stuttgarter Neckartor: »Trickreicher kann man eine Station nicht aufstellen, wenn man Feinstaub-Grenzwertverletzungen messen will.« Die Station sei direkt im Anfahrbereich einer Ampelkreuzung platziert worden.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft IG Metall, Jörg Hofmann, erkennt zwar die technologische Überlegenheit des Diesels an, empfiehlt aber gleichzeitig den Käufern die Hände von dieser

Technik zu lassen – der beste Weg Arbeitsplätze zu vernichten und Mitglieder zu verlieren:

»Die neuen Diesel sind objektiv klimafreundlicher als jeder Benziner. Gleiches gilt für den NO₂-Ausstoß. Das ist die umweltfreundlichste Verbrennungstechnologie auf dem Markt. Und wir brauchen den Diesel, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Auf der anderen Seite kann man angesichts drohender Fahrverbote nicht wirklich zum Kauf raten, wenn der Marktwert des Fahrzeuges Woche für Woche bei jedem weiteren Fahrverbot abnimmt.«

Warum setzt sich dieser famose Arbeitervertreter nicht in eine der zahllosen

»Talkshows« und erzählt den links-grün Verdummten, welchen Unsinn sie verbreiten? So könnte er, wie es seine Aufgabe wäre, Arbeitsplätze sichern. Jetzt eiert er allerdings rum und rät Interessenten vom Kauf eines Diesels ab – unverantwortlich!

Beim Schweizer Beratungs- und Prognose-Institut Prognos hat man schon einmal das Szenario von Konzernpleiten in der deutschen Autoindustrie durchgespielt. Alles halb so schlimm – so wichtig ist dieser Industriezweig gar nicht. Die Wertschöpfung ist überschaubar und kann – wir vermuten mal durch Soziologen, Psychologen und hauptberuflichen Flüchtlingshelfern – egalisiert werden. Werkschließungen, Entlassungen und Umsatzeinbußen wirken sich – zumindest auf die gesamte Volkswirtschaft – weit weniger schlimm aus als die Störungen im Finanzsystem, die mit dem Zusammenbruch einer Bank einhergehen.

Die schlaunen Analytiker gehen dabei davon aus, daß an Stelle der deutschen Hersteller Konkurrenten aus dem Ausland die bisherigen deutschen Marktführer »ersetzen« würden. In der Summe, so rechnen die Forscher vor, würde die Volkswirtschaft rund 4,6 Prozent ihrer Wertschöpfung und rund 740.000 Arbeitsplätze verlieren. Gut zu wissen, dann können wir wieder ganz beruhigt unsere Michelmütze über Augen und Ohren ziehen.

Derweil geht der Kampf der deutsch- und technikfeindlichen Ideologen munter weiter:

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat am 15.11.2018 im Kampf gegen »Diesel-Schadstoffe« Fahrverbote für ältere Fahrzeuge in halb Essen angeordnet, ebenso in Gelsenkirchen.

Im Stadtgebiet von Essen soll auch die A 40 (»Ruhrschnellweg«) in die Fahrverbote einbezogen werden. Die A 40 ist eine der Hauptverkehrsadern im Ruhrgebiet, die von bis zu 130.000 Fahrzeugen pro Tag genutzt wird.

Nach dem Urteil jubelte Umwelthilfe-Chef Resch: »Das ist ein großer Tag für saubere Luft. Wir haben alles erreicht, was wir wollten. Erstmals ist die Sperrung einer Bundesautobahn geplant.«

Um den Wahnsinn zu verstehen, hier einige Beispiele was wieviel ausstößt:

- Kerzen (140 Mikrogramm)
- Gasthermen (80 Mikrogramm)
- Gasherde (1.300 Mikrogramm)

Die 15 größten Schiffe stoßen pro Jahr so viel Schadstoffe aus wie 750 Millionen Pkw (in Deutschland sind rund 46 Millionen Pkw zugelassen).

Wenn in der Wohnung beim Spaghetti-Kochen der Stickoxid-Grenzwert 30-fach überschritten wird oder uns das Umweltbundesamt erklärt: »Der EU-Grenzwert (Jahresmittelwert) für die Stickstoffdioxidkonzentration (NO_2) in der Außenluft beträgt $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$

– der Arbeitsplatzgrenzwert ist mit $950 \mu\text{g}/\text{m}^3$ wesentlich höher. Ein Arbeitsplatzgrenzwert ist ein Wert für die zeitlich begrenzte Belastung gesunder Arbeitender, während durch NO_2 in der Außenluft auch empfindliche Personen rund um die Uhr betroffen sein können.« ... dann kann man nur eine große Portion Dummheit und Frechheit unterstellen.

Prof. Annette Peters vom Helmholtz-Zentrum München erklärt, daß der Grenzwert letztlich einfach geschätzt wurde: »Man dachte damals, daß man die Bevölkerung mit diesem Grenzwert wirkungsvoll schützen kann«. Weil entsprechende Erkenntnisse fehlten, behalf sich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit Daten, die man anhand von Gasherden in Wohnungen gewonnen hatte.

Der Schuß könnte gewaltig nach hinten losgehen. Der von den Links-Grünen entfachte »Skandal« über den Diesel als Umweltverschmutzer könnte zum Rohrkrepierer werden.

Nachdem die »bürgerlichen« Parteien diesen Diffamierungen nicht nur untätig zusahen, sondern zum Teil auch zu dessen Eskalierung maßgeblich beitragen, scheint sich der Wind zu drehen.

Urplötzlich stellt man fest, obwohl seit Monaten in seriösen Publikationen darauf hingewiesen wurde, daß die Meßstationen in den Städten viel zu nah am Fahrbahnrand installiert wurden. Mit verfälschten Meßdaten soll eine der wichtigsten Industriezweige in Deutschland systematisch ins moralische Abseits gestellt und damit dauerhaft geschädigt werden.

In Frankreich und Belgien sind allerdings die Menschen nicht bereit, dem Treiben ihrer Regierungen tatenlos zuzusehen. Die Erhöhung der Spritpreise aus »ökologischen« Gründen ist unter anderem Anlaß für die Proteste der »Gelbwesten«.

Stickstoffdioxid NO_2

entsteht bei der Verbrennung fossiler Energieträger, wie Gas, Kohle und Öl und ist daher unter anderem Bestandteil des Abgases von Kraft- und Luftfahrzeugen, von Öl- und Gas-Heizkesseln sowie von Gas- und Kohlekraftwerken. In Innenräumen werden Stickoxide vor allem durch offene Feuerstellen (z. B. Gasherde, Durchlauferhitzer, Petroleumlampen oder Kerzen) und das Tabakrauchen (100 bis $600 \mu\text{g} \text{NO}_2$ pro Zigarette) verursacht. Für Stickstoffdioxid gilt ein Arbeitsplatzgrenzwert von $950 \mu\text{g}/\text{m}^3$. An der »frischen Luft« gilt in Deutschland der Grenzwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (40 millionstel Gramm) – in den USA sind es $103 \mu\text{g}$, als fast das Dreifache.

Der Diesel ist als Verursacher des Stickstoffdioxids ausgemacht worden – und damit als »Täter« von Atembeschwerden. Hoch gelobt und zum Kauf empfohlen wurde er noch vor wenigen Jahren, da er weniger CO_2 als ein Benzinerausstößt.

Kohlenstoffdioxid CO_2

ist ein wichtiger Bestandteil des globalen Kohlenstoffzyklus und als natürlicher Bestandteil der Luft ein wichtiges Treibhausgas in der Erdatmosphäre. Durch die Industrialisierung und die Verbrennung fossiler Energieträger stieg der Anteil in der Erdatmosphäre. Der überwiegende Teil der »Klimaforscher« führt den Klimawandel darauf zurück.

Mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen wie höheren Steuern auf Kraftstoffe, Tempolimits auf Autobahnen sowie einer Pflicht für mehr Elektroautos soll der CO_2 -Ausstoß weiter gesenkt werden.

Feinstaub- alarm!

Das Meß-Wunder von Oldenburg

Am Sonntag, den 29.7.2018, schrammten die Oldenburger haarscharf an einer lebensbedrohlichen Situation vorbei. Die NO₂-Werte lagen mit 60 Mikro-Gramm pro Kubikmeter Luft um 20 µg höher als zugelassen. (Zum Verständnis: 1 Mikrogramm ist ein millionstel Gramm).

Also sofort den gesamten Autoverkehr sperren – ging aber nicht, da gar keine Autos fahren. Die Strecke, an der gemessen wurde, war für den Autoverkehr gesperrt, da ein Marathonlauf stattfand.

Inwieweit der Abrieb der Lauschuhe auch eine erhöhte Feinstaubbelastung nach sich zog, ist nicht bekannt.

Schilda läßt grüßen



Foto: Wessel Blokzijl / flickr / CC BY-SA 2.0 (Ausschnitt)

Die Medien überschlagen sich vor Freude. Das neue Kreuzfahrtschiff »Aida Nova« revolutioniert den Antrieb bei Kreuzfahrtschiffen – mit Flüssig-Erdgas.

Die schädlichen Emissionen, wie bisher bei zum Teil mit Schweröl betriebenen Schiffen, werden dadurch erheblich gemindert.

Das wurde aber auch Zeit! Endlich kann man ruhigen Gewissens für mehrere tausend Euro eine Außenkabine buchen, um auf der schiffseigenen »Mall« mit gutem Gewissen »shoppen« zu können.

Einen kleinen Haken hat die Sache allerdings: Da das flüssige Erdgas nicht in jedem Hafen verfügbar ist, fährt ein Tankschiff voraus, um die Versorgung sicherzustellen. Wir können nur vermuten, daß dieses dann mit Schweröl betrieben wird.

Das Modell sollte Schule machen. Unser Vorschlag: Vor jedem Elektro-Auto fährt in Zukunft ein dieselpetriebener Kleinlastler, um die notwendigen Batterien bei Bedarf austauschen zu können.

Die Bürger von Schilda würden sich vor Lachen kringeln!

Liebe Leser, ganz privat:

Lieb Vaterland, magst ruhig sein ...

Im Jahr 1840 verfaßte der 18-jährige Dichter *Max Schneckenburger* sein Lied »Die Wacht am Rhein«, aus dem diese Zeile stammt. Es wurde mehrfach vertont, u.a. von *Robert Schumann* (1810-1856).

Natürlich ist die Wacht am Rhein nicht mehr zeitgemäß, aus den europäischen Feinden sind Freunde, zumindest Verbündete geworden. Aber darum geht es hier nicht: Das Vaterland soll nun gänzlich abgeschafft werden!

Im Rahmen des Gender-Fiebers hat z.B. der Regionalverband Ruhr (RVR) einen Leitfaden für eine gendergerechte Sprache, herausgegeben, an die sich alle Mitarbeiter halten sollen.

Das Wort »Vaterland« solle nicht mehr verwendet werden, es soll künftig »Geburtsland« heißen.

Ob man noch »Muttersprache« sagen darf, steht dahin, weil Vater und Mutter ja nach unzähligen Spracherziehern nur noch »Elternteil« genannt werden sollen. Von den unzähligen weiteren inzwischen »entdeckten« Geschlechtern einmal ganz zu schweigen.

Alles ungelöste Probleme! Aber viel haben die hochbezahlten Volkserzieher schon geschafft. Für den »Bürgersteig« wurde eine Lösung gefunden: Statt »Bürger*innensteig« soll es jetzt »Gehsteig« heißen, statt Rednerpult »Redepult«, statt Raucherpause »Zigarettenpause« und statt Mannschaft »Team«. Der RVR begründet seine Richtlinien wie folgt: »Wenn Gesellschaften und Kulturen sich verändern, verändert sich auch die Sprache.«

Erfreulicherweise gibt es aber auch noch vernünftige Menschen: Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), *Hans-Peter Meidinger*, hält solche Sprachregelungen für unsinnig, beängstigend und anmaßend. »Wir werden alles tun, damit unsere Schulen und Schüler von solchem Unfug verschont bleiben.«

Wir können uns dem nur anschließen! Lieb Vaterland, magst ruhig sein, auch dieses Fieber geht vorbei!

Ihre UN-Mitarbeiter

»Die ersten großen Wälder«, sagt der Göttinger Bodenkundler Professor Bernhard Ulrich, »werden schon in den nächsten fünf Jahren sterben. Sie sind nicht mehr zu retten.«

DER SPIEGEL, Nr. 47/1981

»Offensichtlich regte sich in der deutschen Volksseele die tief wurzelnde Naturverbundenheit verknüpft mit dem Drang, sich in Untergangsfantasien hinein-zusteigern – ein Vorgang, der sich später angesichts von Vogelgrippe, Gentechnik, BSE und Fracking wiederholen sollte.«

DER SPIEGEL, Nr. 1/2017

Gute Angst, böse Angst

Es ist eines der typischen Merkmale eines marxistisch-totalitären Systems, seine Bürger in allen Angelegenheiten zu gängeln.

Hierzulande sind wir bereits einen Schritt weiter.

Uns wird nicht nur vorgeschrieben was wir zu tun und zu denken haben, sondern auch, vor was wir Angst haben dürfen.

Erlaubt ist die Angst vor Klimawandel, Feinstaub, Dieselfahrzeugen, Rassismus, rechtem Gedankengut, Trump, Putin und Orban, Bienen- und Waldsterben und und und.

Verboten ist die Angst vor Islam, Kriminalität, Aufgabe un-

serer Souveränität, Umvolkung, Schuldenkrise, Terrorismus, Kollaps unserer Sozialsysteme, staatlich geförderter Verblödung unserer Kinder und und und.

Allerdings gibt es auch eine Angst, die uns Bürgern nicht immer bewußt ist: Die Angst der selbsternannten »Eliten«, vom Wähler in die Wüste geschickt zu werden!

Sie erhalten nur ein UN-Heft? Und was weiß Ihr Nachbar? Bitte bestellen Sie 3, 5 oder 10 Hefte monatlich!

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/